

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage des Abgeordneten Hartmut Moorkamp (CDU)

Antwort der Niedersächsischen Staatskanzlei namens der Landesregierung

Positionspapier der Landesregierung und der IG Metall Küste zur 14. Nationalen Maritimen Konferenz

Anfrage des Abgeordneten Hartmut Moorkamp (CDU), eingegangen am 17.07.2026 -
Drs. 19/11232,
an die Staatskanzlei übersandt am 24.07.2026

Antwort der Niedersächsischen Staatskanzlei namens der Landesregierung vom 07.08.2026

Vorbemerkung des Abgeordneten

Im Zusammenhang mit der 14. Nationalen Maritimen Konferenz wurde ein Positionspapier der Landesregierung und der IG Metall Küste veröffentlicht.¹

Vorbemerkung der Landesregierung

Die Landesregierung steht in regelmäßigem und engem Austausch mit den Akteuren der niedersächsischen maritimen Wirtschaft. Hierzu finden fortlaufend unterschiedliche Gesprächsformate mit Unternehmen, Arbeitgeberverbänden, Kammern, Gewerkschaften, Hafenbetreibern sowie weiteren Akteuren der maritimen Wertschöpfungsketten statt. Gegenstand dieser Gespräche sind aktuelle Herausforderungen, Zukunftsperspektiven und politische Rahmenbedingungen für die maritime Wirtschaft in Niedersachsen. Die in diesen Dialogen wiederholt vorgetragenen Anliegen und Handlungsbedarfe haben ihren Niederschlag im Positionspapier der Landesregierung und der IG Metall Küste zur 14. Nationalen Maritimen Konferenz gefunden.

Die gemeinsame Initiative mit der IG Metall Küste steht dabei in einem besonderen Zusammenhang: Die Nationale Maritime Konferenz wurde vor 25 Jahren maßgeblich auf Initiative des damaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der IG Metall Emden ins Leben gerufen. Vor diesem Hintergrund bot die diesjährige Konferenz in Emden einen besonderen Anlass, die gemeinsamen Anliegen für die Zukunft der maritimen Wirtschaft sichtbar zu unterstreichen.

1. Welche Gründe waren für die Landesregierung maßgeblich, das Positionspapier gemeinsam mit der IG Metall Küste zu erarbeiten?

Die Erarbeitung des Positionspapiers gemeinsam mit der IG Metall Küste erfolgte vor dem Hintergrund der besonderen Bedeutung der Beschäftigten für die Zukunftsfähigkeit der maritimen Wirtschaft und des besonderen historischen Bezugs der Nationalen Maritimen Konferenz zu Niedersachsen. Die Konferenz wurde vor 25 Jahren auf Initiative des damaligen Niedersächsischen Ministerpräsidenten gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der IG Metall Emden ins Leben gerufen.

Das Positionspapier verfolgt das Ziel, zentrale industrie-, energie-, beschäftigungs- und strukturpolitische Herausforderungen der maritimen Wirtschaft sichtbar zu machen und politische Handlungsbedarfe für Bund, Länder und Europäische Union zu formulieren. Die Landesregierung und die IG Metall Küste teilen dabei das Interesse an einer Stärkung der maritimen Industrie, des Schiffbaus,

¹ Vgl. <https://kueste.igmetall.de/artikel/2026/14-nationale-maritime-konferenz>.

der Offshore-Windwirtschaft sowie der Sicherung von Wertschöpfung und Beschäftigung an den Küstenstandorten.

2. Welche Arbeitgeberverbände, Branchenverbände oder Unternehmen wurden im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Positionspapiers beteiligt oder konsultiert?

Die Inhalte des Positionspapiers basieren auf Erkenntnissen aus zahlreichen Gesprächen und Austauschformaten der Landesregierung mit Unternehmen, Verbänden, Kammern, Gewerkschaften und weiteren Akteuren der maritimen Wirtschaft. Eine formale Mitwirkung oder Mitzeichnung weiterer Organisationen bei der Erstellung des konkreten Papiers war nicht vorgesehen.

3. Nach welchen Kriterien wählt die Landesregierung gegebenenfalls Partner für derartige Kooperationen aus?

Die Landesregierung entscheidet im Einzelfall über Form und Zusammensetzung von Kooperationen und Gesprächsformaten. Maßgeblich hierfür sind Anlass, Zielsetzung und fachlicher Bezug zum jeweiligen Thema. Dabei werden regelmäßig unterschiedliche Perspektiven von Wirtschaft, Beschäftigtenvertretungen, Wissenschaft und weiteren relevanten Akteuren einbezogen.

4. Wird gegenüber der Öffentlichkeit Transparenz über die Entstehung und Abstimmung solcher Positionspapiere gewährleistet? Falls ja, wie?

Die Landesregierung kommuniziert ihre politischen Positionen und Initiativen grundsätzlich transparent. Auch das Positionspapier zur 14. Nationalen Maritimen Konferenz benennt mit dem Land Niedersachsen und der IG Metall Küste die an der Entstehung Beteiligten.

5. Wie stellt die Landesregierung im konkreten Fall gegebenenfalls sicher, dass das Positionspapier die Interessen der gesamten maritimen Branche widerspiegelt?

Das Positionspapier erhebt nicht den Anspruch, sämtliche Einzelinteressen aller Akteure der maritimen Wirtschaft vollständig abzubilden. Die Landesregierung ist jedoch der Auffassung, dass die im Positionspapier formulierten Leitlinien und Forderungen grundlegende Herausforderungen betreffen, die für weite Teile der Branche von Bedeutung sind. Dies gilt insbesondere für die Wettbewerbsfähigkeit des Schiffbaus, die Stärkung der Offshore-Wind-Wertschöpfungsketten, den Ausbau der Hafen- und Verkehrsinfrastruktur, die Sicherung von Fachkräften, die Verbesserung von Genehmigungsprozessen, wettbewerbsfähige Energiepreise sowie Investitionen in Zukunftstechnologien. Diese Themen werden im Austausch mit den Akteuren der Branche regelmäßig adressiert und finden sich deshalb im Positionspapier wieder.

6. Liegen der Landesregierung Reaktionen anderer Institutionen oder Verbände auf das Positionspapier vor? Falls ja, wann wurden diese geäußert, in welcher Form, mit welchem Inhalt und von welchen Akteuren?

Der Landesregierung sind Rückmeldungen aus unterschiedlichen Bereichen der maritimen Wirtschaft bekannt, die in Gesprächen geäußert wurden. Eine systematische Erfassung dieser Rückmeldungen erfolgt nicht.

7. Gab es im Vorfeld interne oder externe Abstimmungsprozesse mit weiteren Stakeholdern, die nicht als Mitunterzeichner aufgeführt sind? Falls ja, welche und in welcher Form?

Die Landesregierung steht unabhängig von der Erstellung einzelner Positionspapiere in einem kontinuierlichen Austausch mit zahlreichen Akteuren der maritimen Wirtschaft. Erkenntnisse und Positionen aus diesen Gesprächen sind in die Willensbildung der Landesregierung eingeflossen. Die in dem Positionspapier aufgegriffenen Themenfelder, insbesondere die Stärkung des Schiffbaus und der maritimen Industrie, die Sicherung industrieller Wertschöpfung im Offshore-Windsektor, der Ausbau der Hafen- und Verkehrsinfrastruktur, die Verbesserung von Standort- und Innovationsbedingungen sowie die Fachkräftesicherung, zählen zu den zentralen Herausforderungen, die regelmäßig auch von Arbeitgeberverbänden, Unternehmen der Hafenwirtschaft, der Offshore-Branche sowie der Schiffbauindustrie benannt werden. Eine formelle Abstimmung des konkreten Papiers mit weiteren Mitunterzeichnern erfolgte nicht.

8. Ist geplant, das Positionspapier künftig zu erweitern oder durch weitere Partner zu ergänzen?

Derzeit bestehen keine konkreten Planungen zur Erweiterung oder Ergänzung des vorliegenden Positionspapiers. Unabhängig davon wird die Landesregierung den Dialog mit allen relevanten Akteuren der maritimen Wirtschaft fortsetzen und bei Bedarf weitere gemeinsame Initiativen prüfen.

9. Welche konkreten politischen oder administrativen Schritte leitet die Landesregierung gegebenenfalls aus dem Positionspapier ab?

Das Positionspapier dient der politischen Positionierung Niedersachsens im Zusammenhang mit der 14. Nationalen Maritimen Konferenz. Die Landesregierung wird die darin formulierten Anliegen weiterhin gegenüber dem Bund, der Europäischen Union und in fachpolitischen Gremien vertreten.